

Fachkongress

Mainz, 26. – 27. Juni 2006

Riskante Kindheit - Wenn der Anfang schwer ist ...

Frühe Hilfen für Familien mit besonderen psychosozialen Belastungen

Vortrag

So früh wie nötig, so unaufdringlich wie möglich

-Hilfzugänge zu Eltern in schwierigen Lebenslagen aus gemeinwesenorientierter Perspektive

Dietmar Müllensiefen

Die jetzige Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, den Auf- und Ausbau von familienorientierten Frühwarnsystemen und frühen Hilfen zu fördern, um Misshandlungen und Vernachlässigungen von Kindern vorzubeugen. Dazu ist im Koalitionsvertrag unter anderem ausgeführt: "Kinder mit sozialen und gesundheitlichen Risiken brauchen Förderung von Anfang an. Dazu müssen Hilfen für sozial benachteiligte und betroffene Familien früher, verlässlicher und vernetzter in der Lebenswelt bzw. dem Stadtteil verankert werden. Gerade für sozial benachteiligte Familien müssen die klassischen "Komm-Strukturen" vieler Angebote zielgruppenbezogen verbessert und neue "Geh-Strukturen" entwickelt werden. Aus dieser Feststellung im Koalitionsvertrag ergeben sich bestimmte Fragen, denen ich nachgehen möchte. Besonders wichtig erscheinen mir die drei folgenden Fragen:

1. **Warum sind in sozial benachteiligten Familien die sozialen und gesundheitlichen Risiken für Kinder größer als in Familien ohne soziale Benachteiligung?** Diese erstmalig banal klingende Frage erscheint mir dennoch bedeutsam, weil sich aus der Antwort möglicherweise Hilfestrategien für diese Familien ableiten lassen.

2. **Was benötigen insbesondere solche Familien, bei denen sich das Grundübel der sozialen Benachteiligung auf absehbare Zeit oder gar auf Dauer nicht beheben lässt?** Wie können für diese Familien entlastende Hilfen früher, verlässlicher und vernetzter in der Lebenswelt bzw. im Stadtteil verankert werden? Und zwar so, dass sie von diesen Familien tatsächlich als für sie hilfreich wahrgenommen und deshalb auch in Anspruch genommen werden.

3. **Warum gelingt es häufig oft nur unzureichend oder gar nicht, in Stadtteilen mit sozialem Brennpunktcharakter wirksame Hilfen nachhaltig und vernetzt zu verankern?** Aus der Antwort auf diese Frage sollten sich Anregungen ergeben, wie die sozialen und pädagogischen Einrichtungen zu einer verzahnteren Kooperation gelangen können.

Zur ersten Frage:

Warum leben insbesondere jüngere Kinder aus sozial belasteten Familien riskanter als Kinder, die in so genannten Normalfamilien aufwachsen? Wie kann deren Risiko minimiert werden, trotz weiterhin bestehender sozialer Benachteiligung? Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass in den 70er und 80er Jahren von bestimmter wissenschaftlicher Seite gesagt wurde, es sei ein Mythos zu glauben, Kindesvernachlässigung sei in ihrer Häufigkeit ein hauptsächlich schichtspezifisches Phänomen der so genannten sozialen Unterschicht. Kindesvernachlässigung sei vielmehr in allen sozialen Schichten in etwa gleicher Verteilung anzutreffen. In den unteren sozialen Schichten würde sie nur eher vermutet, deshalb dort auch eher festgestellt.

In gewisser Hinsicht mag das stimmen, wenn man sehr weit fasst, was man unter Kindesvernachlässigung verstehen will. Allerdings verliert bei einer sehr weiten Fassung dieser Begriff an Bedeutungskraft. Damit wird dann kaschiert, dass Kindesvernachlässigung sehr eng verbunden ist mit gesellschaftlicher Ausgrenzung von bestimmten Familien, die soziale Benachteiligung zur Folge hat und unter deren Auswirkungen besonders auch Kinder dieser Familien zu leiden haben.

Ich halte es für redlicher und für nützlicher - gerade auch, um politische Maßnahmen einfordern zu können -, davon auszugehen, dass unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem neben viel Wohlstand eben auch Armut und prekäre Lebenslagen hervorbringt. Und das in einem steigenden Maße, wie zum Beispiel an der deutlichen Zunahme an Privatinsolvenzen abzulesen ist. Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse spielen in diesem Zusammenhang keine unerhebliche Rolle.

Die Folgen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und damit einhergehender sozialer Benachteiligung für Familien sind allzu bekannt. Diese Familien sind oft in Wohnquartieren zu finden, die gemeinhin als soziale Brennpunkte bezeichnet werden. Sie leben in relativer Armut. Ihre Wohnungen sind beengt und schlecht ausgestattet. In diesen Wohngebieten fehlt es häufig an einer angemessenen Infrastruktur. Solche Wohn- und Lebensbedingungen belasten naturgemäß das Familienleben. Es ergeben sich beständig Stresssituationen. Überhaupt ist das innerfamiliäre Stressniveau häufig anhaltend hoch. Treten irgendwelche unvorhergesehenen negativen Ereignisse noch zusätzlich auf, kommt es zu akuten innerfamiliären Konflikten, die

sich zu Krisen ausweiten können. Aus einer anhaltenden Belastungssituation entsteht dann eine Überlastungssituation. Es verwundert nicht, wenn es den Eltern nicht immer gelingt, ihre Frustrationen und Aggressionen von ihren Kindern fernzuhalten.

Hinzu kommt bei einem Teil dieser Familien Folgendes: Die Eltern, sozial und gesellschaftlich eher nur randständig integriert, erleben sich in ihrer Lebenslage in hohem Maße abhängig von äußeren Verhältnissen, sie fühlen sich ihnen immer wieder ohnmächtig ausgeliefert. Eine der wenigen Möglichkeiten, das dadurch bedingte relativ geringe Selbstwertgefühl zu kompensieren, besteht darin, sich wenigstens gegenüber ihren Kindern als bedeutend und mächtig zu zeigen. Aber für diese Selbstinszenierungen vor den Kindern steht den Eltern nur ein begrenztes Repertoire an Möglichkeiten zur Verfügung. Die Anwendung dieser Möglichkeiten beschädigt eher die Kinder in ihrer psycho-sozialen Entwicklung. Diese Ausführungen darüber, was soziale Benachteiligung an negativen Auswirkungen zeitigen kann, ließen sich noch sehr viel umfassender und differenzierter weiterführen. Ich will das nicht tun. Denn im Rahmen meines Themas erscheint mir folgende Frage wichtiger:

Warum gelingt es einem Teil dieser Eltern besser mit ihrer sozial randständigen Lebenslage zurecht zu kommen, ihren Kindern einigermaßen förderliche Entwicklungsbedingungen anbieten zu können, während einem anderen Teil der Eltern das nicht gelingt? Welche Faktoren spielen hierbei eine Rolle? Welche dieser Faktoren lassen sich mit professioneller Hilfe verstärken, oder auch erst schaffen? Diese Frage zielt ab auf Ressourcen. Im Gegensatz zur Frage nach Ursachen, Verlauf und Folgen von Problemen, die in den Bezugswissenschaften der Sozialen Arbeit seit jeher einen breiten Raum eingenommen hat, hat die Frage nach Ressourcen und Bewältigungsverhalten erst in jüngerer Zeit größere Aufmerksamkeit erlangt. Erfreulicherweise schiebt sich in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit eine Ressourcen- und Lösungsorientierung mehr und mehr in den Vordergrund. Dennoch scheint mir nach wie vor die Frage der Pathogenese noch gegenüber der Frage nach der Salutogenese zu dominieren. Wieso trotz widrigster Umstände Individuen und Familien ihr Leben im Alltag einigermaßen gut bewältigen, scheint uns fachlich weniger zu interessieren als die Frage nach Ursachen und Auswirkungen eines nichtfunktionalen Bewältigungsverhaltens.

Nun aber zu der Frage, weshalb bei in etwa gleichen Lebensumständen und gleichem Lebensumfeld bei einem Teil ein besseres Bewältigungsverhalten besteht als bei einem anderen Teil von Eltern. Erstmal wird man daran denken, dass die einen über günstigere Persönlichkeitsmerkmale verfügen. Wenn wir uns diese Antwort geben, mag das seine Richtigkeit haben. Für unsere Handlungspraxis gegenüber Familien in sozialen Brennpunkten, die besonderen psycho-sozialen Belastungen ausgesetzt sind, ist diese Antwort zumeist nicht besonders nützlich. Im Gegenteil, diese Feststellung kann uns in unserem Handeln bei diesen Familien eher lähmen. Denn wer von uns will von sich behaupten, er oder sie könne bei den hier zur Rede stehenden Eltern gewichtige Persönlichkeitsmerkmale problematischer Art entscheidend positiv verändern? Das scheitert zumeist schlichtweg schon daran, dass sich diese Eltern in der Regel in kein therapeutisches Setting einbinden lassen, da durchweg alle regelrechten therapeutischen Konzepte sehr weit von deren lebensweltlichen Einstellungen und Überzeugungen entfernt sind. So müssen wir also weiterfragen, um Antworten zu finden, die für unser professionelles Handeln bei diesen Familien nützlicher sind.

Eine nützliche Antwort könnte sein: Diejenigen, die über ein besseres Bewältigungsverhalten verfügen, können möglicherweise deshalb funktionaler mit ihrer stressbelasteten Lebenslage umgehen, weil sie über psycho-soziale Ressourcen in ihrem Lebensumfeld verfügen. Sie können auf informelle soziale Netzwerke in Gestalt von Freunden, Nachbarn und guten Bekannten zurückgreifen. Aus der Stress- und Bewältigungsforschung weiß man, wie wichtig solche sozialen Netzwerke in Belastungssituationen sein können. Im Übrigen weiß das auch jeder von uns aus eigener persönlicher Erfahrung. Warum aber verfügt ein Teil der Eltern nicht über diese Ressource? Sie leben doch auch umgeben von einer sozialen Mitwelt. Eine oft zutreffende Antwort darauf ist: Weil sie dieses potentiell entlastende Netz nicht

pflügen und nicht gepflegt haben. Und vielleicht gar nicht so recht wissen, wie man es pflügen kann. Ihnen ist eventuell bislang noch nicht zu der Erkenntnis verholfen worden, dass man nur dann etwas von seinem sozialen Umfeld erwarten und erhalten kann, wenn man in dieses Umfeld investiert; wenn man bereit ist, auch etwas zu geben.

Gelegentlich mag es über professionelle Beratungsgespräche gelingen, Eltern die Augen dafür zu öffnen, dass sie sich in ihrem sozialen Umfeld dadurch isolieren, indem sie bisher zum Nehmen aber nicht zum Geben bereit waren. Gerade auch in diesen Wohnmilieus, wo die Menschen nichts zu verschenken haben, herrschen Spielregeln des Zusammenlebens, die weniger von altruistischer Großzügigkeit als von auf sich bedachten Kleinlichkeiten bestimmt sind. Es gilt auch hier - in positiver wie in negativer Hinsicht - das Motto: "So, wie Du mir, so ich Dir." Aber allein die Aufklärung der Eltern über ihren eigenen Anteil an ihrer Situation der sozialen Isolierung bewirkt eher selten eine Veränderung ihrer Situation. Auch wenn seitens der Eltern dieser Aufklärung Taten folgen, ist noch lange nicht gewährleistet, dass sie hierauf sofort eine positive Resonanz erhalten. So schnell entlässt das soziale Umfeld sie nicht aus der vielleicht jahrelangen Selbstisolierung. Man erwartet erstmal ein größeres Quantum an sozialen Vorleistungen, bis das soziale Umfeld einen quasi ausgeglichenen Kontostand bilanziert und sich als "soziales Kapital" zur Verfügung stellt. Durch eine bemerkenswerte soziale "Großtat" lässt sich möglicherweise dieser "Sühneprozess" verkürzen. Aber die Gelegenheit zu einer Großtat erkennt nicht jeder und ergibt sich häufig auch nicht. Zum Ausdruck will ich damit bringen: Die alltagspraktische Übersetzung sozialpsychologischer Austauschtheorien in Beratungsgesprächen, indem man mit einfachen Worten und bildhaften Vergleichen die eminente Bedeutung einer von allen Beteiligten empfundenen "win-win Situation" in einem sozialen Nahraum herausstellt, greift eventuell zu kurz. Zwar ist laut Volksmund "Erkenntnis der erste Weg zur Besserung", ob aber die in die Tat umgesetzte Erkenntnis auf Resonanz stößt und Früchte trägt, entscheidet das soziale Umfeld nach seinem eigenen Logiksystem (Logisch, dass die Eltern, wo sie so tief in der Tinte stecken, unsere nachbarschaftliche Hilfe erwarten, aber wie oft haben wir in der Tinte gesteckt, und die haben sich einen Dreck um uns gekümmert; jetzt müssen die ihren nachbarschaftlichen Gesinnungswandel erstmal auf den Prüfstand stellen). Aus unserer professionellen Sicht kann solch eine "Bübertour" nicht die wegweisende Möglichkeit sein, um einer sozialen Isolierung zu entkommen. Dazu gleich ausführlichere Überlegungen.

Zuvor aber eine abschließende Antwort auf meine erste Frage. Eltern bzw. Familien, die über ein Netz an sozialen Kontakten und Beziehungen verfügen, können sich über dieses Netzwerk entlasten. Sie können ihr innerfamiliäres Stressniveau absenken, weil sie nicht nur auf ihren familiären Binnenbereich ausgerichtet sind. Damit besteht die Möglichkeit, durch entgegengebrachte Wertschätzung aus außerfamiliärer Kommunikation ein positives Selbstbild zu unterstützen. Aus der Pflege außerfamiliärer Kommunikation und Beziehungen entstehen Ressourcen und damit informelle Hilfpotentiale. Gleichzeitig entsteht dadurch auch eine informelle soziale Kontrolle. Die kann insbesondere den Kindern zugute kommen. In der Weise, indem Eltern in besonderen Krisensituationen nicht nur auf z.B. nachbarschaftliche Unterstützung hoffen können, sondern auch - gerade in diesen Milieus - mit sehr direkter Kritik rechnen müssen, wenn sie ihre Kinder zu sehr vernachlässigen oder gar misshandeln. Ich will aber keinesfalls den Eindruck erwecken, in diesen Milieus sei der soziale Nahraum nur positiv als Ressource zu bewerten. Dem ist leider nicht so. Insbesondere für die hier aufwachsenden Kinder stellt ihr soziales Wohnumfeld alles andere als eine günstige Sozialisationsbedingung dar. Denn sie erleben um sich herum bei Jugendlichen und Erwachsenen Arbeitslosigkeit, unregelmäßige Tagesabläufe, Aggressivität, Gewalt, Suchtverhalten, Verhaltensweisen mit psychiatrischem Krankheitswert, ein rezeptiv-konsumistisches Freizeitverhalten und anderes mehr.

Im Kindergarten und in der Schule erfahren sie, dass es neben der ihr bekannten Lebenswelt auch noch andere gibt, die sich verheißungsvoller darstellen. Aber diese anderen Lebenswelten erscheinen den Kindern verschlossen. Das ist eine sehr realistische Einschätzung, die

ganz besonders für Deutschland gilt. Die verschiedenen europäischen Bildungsstudien belegen, dass in keinem anderen Land die soziale Herkunft so maßgeblich die Zukunft von Kindern als spätere Jugendliche und Erwachsene festlegt. Eine Umgestaltung unseres Schulsystems könnte diese Zwangsläufigkeit - die keine sein muss, wie andere Länder es zeigen - aufbrechen, und dadurch entscheidend die Folgen sozialer Benachteiligung mindern.

Trotz der besonders für Kinder negativen Milieumerkmale in sozialen Brennpunkten halte ich aber daran fest, dass sich hier auch Ressourcen finden und weiterentwickeln lassen. Der hier zu beobachtende soziale Zusammenhalt stärkt sich nicht zuletzt dadurch, dass das Schicksal gesellschaftlicher Ausgrenzung ein gemeinsames Schicksal ist. Das schweißt ein wenig zusammen. Aus unserer Sicht als Außenstehende sehen wir vor allem die sozial belastenden Gegebenheiten, die ohne Zweifel schwer wiegen. Aber die hier bestehenden Nachbarschaften bieten den Bewohnern häufig auch soziale Entlastungsmöglichkeiten. Allerdings unter der Voraussetzung, dass man seine nachbarschaftlichen Beziehungen pflegt. Das gelingt nicht jedem. Das gelingt möglicherweise den in diesen Quartieren lebenden Menschen zunehmend weniger. Der Ab- und Umbau des Sozialstaats lässt den Kampf, mit der eigenen Armut zurechtzukommen, härter werden. Das kostet nochmals mehr Kraft, führt zu stressbedingten Geiztheiten, die unter Umständen auch das Zusammenleben im sozialen Nahraum belasten. Umso notwendiger erscheint es, in diesen Quartieren mit professioneller Unterstützung sowohl Nachbarschaften zu inszenieren bzw. zu revitalisieren, als auch formelle soziale Unterstützungsstrukturen lebensweltlich ausgerichtet zu etablieren.

Das ist der Übergang zu meiner zweiten Frage, die da lautete: **Wie können frühe Hilfen präventiver Art verlässlich, vernetzt und niedrigschwellig in diesen Quartieren verankert werden?** Zu dieser Frage liegen Erfahrungen aus verschiedenen Projekten vor. Sie sind aber bislang in ihren Erfahrungen und Ergebnissen nicht systematisch ausgewertet und miteinander verglichen worden. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag gerade mal 10 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre für die Evaluation solcher Projekte und für neue innovative Projekte dieser Art in Aussicht gestellt. Sie hegt die Hoffnung, Länder und Kommunen werden im Rahmen von Komplementär Mitteln für konkrete Projekte finanziell einiges draufsatteln. Diese relativ minimale Mittelausstattung durch den Bund signalisiert, dass nicht daran gedacht ist, gänzlich neue Hilfestrukturen institutioneller Art zu implementieren, sondern bereits bestehende zu erweitern bzw. zu reorganisieren.

Das ist im Prinzip zu begrüßen, um so einer weiteren Verzettelung der Helfelandschaft keinen Vorschub zu leisten. Aus den Ausführungen im Koalitionsvertrag lässt sich entnehmen, dass vor allem an vernetzte und sozialräumlich ausgerichtete Projekte gedacht ist. Das Deutsche Jugendinstitut führt in diesem Zusammenhang aus: "Für die Zielgruppe (gemeint sind psycho-sozial hochbelastete Familien) eignen sich aufsuchende, sozialraumorientierte Hilfeformen, vor allem wenn sie Bestandteil eines multimodalen und multimethodalen, gut koordinierten Hilfeeinrichtungen sind..". Zu fallorientierten Hilfeformen treten feldorientierte Arbeitsformen hinzu, die direkte Anknüpfungspunkte zur Lebenssituation der Betroffenen herstellen. Wer bislang ausschließlich fallorientiert gearbeitet hat (z.B. auch deshalb, um so gegenüber Klienten einen rechtlich fixierten individuellen Leistungsanspruch zu erbringen), für den bedeuten sozialraumorientierte Handlungskonzepte in ihrer praktischen Umsetzung, erstmal einen Paradigmenwechsel vornehmen zu müssen. Denn bei dieser Ausrichtung kommen zum Teil andere Gegebenheiten in den Blick als bei einer fallorientierten Vorgehensweise. So zum Beispiel: Wohnen und Wohnumfeld, öffentlicher Raum und Sicherheit, infrastrukturelle Aspekte, soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft im Wohnquartier, informelle soziale Netze und anderes mehr.

Von besonderem Interesse sind mithin strukturell-funktionale Gegebenheiten, die das Zusammenleben in einem Wohngebiet prägen. In sozialen Brennpunkten trifft man auf zahlreiche negativ wirkende Einflussfaktoren (sonst würde es sich schließlich nicht um einen sozialen Brennpunkt handeln - wobei man inzwischen von dieser diskriminierenden Bezeichnung abrückt, stattdessen von Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf spricht). Sozialräumliche

Handlungsansätze versuchen, die besonders problematischen Wirkfaktoren zu vermindern. Dabei hat die Erfahrung gezeigt, dass Veränderungen nur dann nachhaltig zu erzielen sind, wenn sie mit Bewohnern gemeinsam angegangen werden. Das Stichwort hierfür ist "partizipative Beteiligung der Betroffenen"; also der Aufbau von Beteiligungsstrukturen, an denen Bewohner maßgeblich mitwirken. Eine zweite Erfahrung von gleicher Wichtigkeit besagt: Gerade in sozial stark belasteten Wohngebieten lassen sich nachhaltige Veränderungen schneller und besser erzielen, wenn es zu einer Koproduktion der hier tätigen sozialen und pädagogischen Dienste und Einrichtungen kommt. Sozialräumliche Konzepte, die im unmittelbaren Lebensumfeld von Familien ansetzen, lassen sich auch als örtliche Familienpolitik verstehen.

Diese Art von Familienpolitik, die Familien nicht von oben herab übergestülpt sondern von unten her zusammen mit Familien entwickelt wird, um deren unmittelbares Lebensumfeld familienfreundlicher zu gestalten, gewinnt an Bedeutung. Sie zielt darauf ab, die Handlungskompetenz von Familien zu stärken. Handlungskompetenz erwirbt man über aktives Handeln, das man selbstkritisch reflektiert. Handlungskompetenz wird gestärkt, indem man zusammen mit aktivierten Eltern deren familiäre Lebensbedingungen in ihrem sozialen Nahraum günstiger zu gestalten versucht. Das soll zu einer Entlastung von Familien führen, die insbesondere auch den Kindern zugute kommen soll. Eine direkte materielle Entlastung ist dadurch zumeist nicht zu erreichen. Es handelt sich hauptsächlich um immaterielle Entlastungen, die sich unter anderem durch eine bessere Einbindung in stützende soziale Netze ergeben und durch ein familienfreundlicheres Wohnumfeld.

Wenn man eine wirkliche bewohnerschaftliche Partizipation erreichen will, braucht man dazu eine entsprechende Handlungsphilosophie und Handlungsmethodik. Dazu bietet sich das Empowermentmodell an. Dieses Modell zielt mit seiner Philosophie darauf ab, ein Mehr an Demokratie von unten her zu erreichen. Das bedeutet in der Konsequenz, dass politische Macht gerechter verteilt wird, indem "die da oben" einen Teil ihrer Macht an "die da unten" abgeben. Das ist ein schwieriger Prozess, weil zum einen die Machttäger in der kommunalen Politik und in der Verwaltung denen da unten in den sozialen Brennpunkten erstmal nicht die Fähigkeit zutrauen, an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes kompetent mitwirken zu können. Zum anderen sind die da unten auch erstmal nicht davon überzeugt, dass sie über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen. Dabei spielt bei ihnen das biografische Faktum der "gelernten Hilflosigkeit" eine bedeutende Rolle. So ergibt sich unter Umständen die Situation, dass erstmal nur die im Quartier tätigen Professionellen von der Nützlichkeit und Umsetzbarkeit eines empowerment-orientierten Handlungskonzepts überzeugt sind. Weil die da oben wirklich weit weg sind von der Lebenswirklichkeit der da unten. Stattdessen halten sie - die Profis im Quartier - die da unten für die eigentlichen Experten ihrer Lebens- und Wohnsituation. Sie wissen am besten, welche Wirkfaktoren ihres sozialen Nahraumes ihr Familienleben besonders belasten. Bei den Betroffenen wird man für diese Einschätzung Zustimmung finden. Wahrscheinlich keine sofortige Zustimmung wird aber dafür finden, dass sie selbst daran etwas ändern sollen und können. Da steht erstmal hinderlich ihr dichotomes Welt- und Lebensbild im Wege:

"Wir kleinen Leute können gegen die da oben doch nichts ausrichten, die machen mit uns doch, was sie wollen." Diese Politikeinstellung führt zu einer Kultur des Schweigens und der Pflege der angeblich eigenen Ohnmacht. Diese Einstellung gilt es, im Interesse der Bewohner zu erschüttern. Das ist nicht leicht, aber bei einem Teil der Betroffenen möglich, wie sich in vielen Projekten von Stadtteilarbeit zeigt. Solch eine Erschütterung, die man auch als Verstörung bezeichnen kann, lässt sich eigentlich nur durch neuartige Erfahrungen auf der Handlungsebene herstellen. Wenn es gelingt, für ein von vielen Quartiersbewohnern geteiltes Ärgernis in ihrem sozialen Nahraum einige Bewohner zu aktivieren, zu mobilisieren und zu einer Projektgruppe zu formieren, um diese dann mit Vertretern von denen da oben in ein Gespräch zu bringen, sich dann in der leidigen Angelegenheit tatsächlich etwas tut, ist das auch eine Infragestellung der bisherigen Politikeinstellung und ein Mut machendes Erfolgserlebnis, das sich im Quartier herumspricht. Die jetzt endlich verkehrsberuhig-

te Straße, der nun renovierte Spielplatz, die endlich bessere nächtliche Ausleuchtung eines Gehweges, die jetzt geruchsfreiere Mülldeponierung etc. sind jeweils ein sichtbarer Beleg dafür, dass man miteinander doch etwas bei denen da oben bewirken kann.

Einschränkend werden die aktivierten Bewohner vielleicht sagen: aber wie lange haben wir dafür kämpfen müssen, bis sich endlich in dieser Sache etwas tat? Das ist auch eine wichtige Politikerfahrung für weitere Aktionen und Projekte. Die Mühlen in der Politik und Verwaltung brauchen halt ihre Zeit, bis bestimmte Angelegenheiten in der richtigen administrativen Ordnung auf den Weg und zum Vollzug gebracht werden können. Ein wesentliches "Abfallprodukt" gemeinsamer Aktionen und Projekte ist der intensivere kommunikative Austausch, der sich unter den Akteuren einstellt. Man lernt sich näher kennen und tauscht sich auch über private Dinge aus. Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen nutzen eher Frauen als Männer diese Möglichkeit, um engere Beziehungen untereinander zu knüpfen. Das schafft Nähe, dadurch bilden sich informelle Netze stärker aus. Daraus können sich gemeinsame Anliegen entwickeln, die - professionell aufgegriffen und begleitet - zu familiären Entlastungen führen können. So ergibt sich vielleicht eine Frühstücksgruppe von Müttern mit Kleinkindern, eine Kleidertauschbörse, ein Ernährungs-, Näh- oder Säuglingskurs; so ergeben sich evtl. irgendwelche sonstigen gemeinsamen Freizeitaktivitäten, die außerhalb des Wohnquartiers durchgeführt werden. Männer sind eher geneigt, dann in enger persönliche Beziehungen zu treten, wenn die Kommunikation über ein zwischengeschaltetes Medium erfolgt, das einerseits einen interessanten sächlichen Aufforderungscharakter enthält (wie legen Hand an bei der Wiederherrichtung eines Bolzplatzes, einer Boccia-bahn, oder bei Malerarbeiten in verschmutzten Treppenfluren), und andererseits diese gemeinsame Aktion auch eine gute Möglichkeit darstellt, das individuelle Nähe-Distanz-Bedürfnis zu den anderen Akteuren zu regulieren. Was ich hier kurz angerissen habe, ist auch ein Stück örtlicher Familienpolitik. Wesentlich ist dabei, dass sie nicht für die Betroffenen sondern mit ihnen erfolgt; sie verantwortlich in Planung und Ausgestaltung eingebunden sind. Wie das im Einzelnen aussehen kann, dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Örtliche Familienpolitik muss sich einpassen in die Gegebenheiten vor Ort.

Ich komme im Zusammenhang mit meiner zweiten Frage zu einem anderen Aspekt: In der Regel sind in sozialen Brennpunkten irgendwelche sozialen und pädagogischen Einrichtungen präsent. Dabei ist der Regelfall häufig der, dass sie nebeneinander herarbeiten, es an engerer Kooperation und Koordination mangelt. Das wird von den professionell Tätigen zumeist auch so gesehen und beklagt. Aber man sieht nicht so recht, wie sich das ändern ließe. Das ist auch erstmal nicht leicht zu ändern. Soll sich die Leiterin der Kindertagesstätte zur Einladenden eines "Runden Tisches" mit Schulleiter, Bezirkssozialarbeiterin, Jugendzentrumsleiter, Leiter des Polizeipostens, Pfarrer und Vorsitzenden des Sportvereins aufschwingen? Die Eingeladenen würden sich möglicherweise fragen, wie sie zu dieser Anmaßung kommt. Hat sie vielleicht nicht genug zu tun? Sie sollte sich um ihre eigentliche Aufgabe mehr kümmern, dann wäre sie ausgelastet. Und jeder andere, der sich das Recht zu einer Einladung nehmen würde, müsste ebenfalls mit einer solch abwehrenden Reaktion rechnen. Und zwar deshalb, weil man sich selbst diesen Auftrag - einen "Runden Tisch" einzurichten - gegeben hat; und nicht von einer höherrangigen Person dazu beauftragt wurde, die dazu legitimiert ist.

Im Rahmen sozialräumlicher Handlungsansätze muss es aber jemanden geben, der die Funktion einer Drehscheibe, eines Motors, also die Rolle eines Moderators einnimmt. In dieser Frage hat die Kommune Verantwortung zu übernehmen. Sei es, dass sie selbst die Funktion von Quartiersmanagement übernimmt, oder in Abstimmung mit Repräsentanten der sozialen Infrastruktur des Wohnquartiers dafür sorgt, dass jemand von ihnen auf Dauer oder zeitlich rollierend diese Funktion übernimmt. Ohne Quartiersmanagement klappt eine institutionsübergreifende quartiersorientierte Familienpolitik zumeist nicht.

Die Antwort auf meine zweite Frage (Wie können Hilfen früh, verlässlich, vernetzt und lebensweltlich ausgerichtet im Quartier implementiert werden) mag möglicherweise etwas enttäuschen. Zusammengefasst lautet sie: Es gilt, eine Kultur der partizipativen Beteili-

gung in diesen Wohnquartieren zu entwickeln. Und es muss ein vernetztes Arbeiten zwischen den Diensten und Einrichtungen bestehen. Ferner ist es wichtig, einen Kristallisationspunkt zu haben; also ein lokales Zentrum aufzubauen, das als Anlauf-, Kommunikations-, Koordinations- und Aktionszentrum dient. Nun lässt sich kritisch fragen, inwiefern dadurch Kindesvernachlässigung - besonders im frühen Kindesalter - verhindert werden kann. Meine Antwort darauf: Eine ganz gezielte und sichere Verhinderung ist damit nicht gewährleistet. Denn es handelt sich um einen unspezifischen bzw. generellen Ansatz von Primärprävention, der die gesellschaftlichen Ursachen sozialer Benachteiligung nicht beseitigen kann. (Wie eingangs gesagt, gehe ich davon aus, dass die Ursachen von besonderen psycho-sozialen Belastungen hauptsächlich gesellschaftlicher Art sind). Quartiersarbeit als lokale Familienpolitik kann Folgen sozialer Benachteiligung abmildern, familienentlastend wirken, und so mittelbar frühe Hilfen für junge Eltern mit Kleinkindern zur Verfügung stellen.

Ich komme zu meiner dritten und letzten Frage (Warum wird sozial- und lokalräumliche Familienpolitik in sozialen Brennpunkten nicht im wünschenswerten Umfang und fachlich gediegen praktiziert?) Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Ich will kurz nur die benennen, die mir nach meinen Erfahrungen besonders gravierend erscheinen.

1. Leider ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz Sozialraumorientierung mit einer familienbezogenen Primärprävention nur marginal verankert. Eine konkrete und dadurch finanziell gesicherte "Ist-Leistung" lässt sich aus dem KJHG für gemeinwesenorientierte Handlungskonzepte nicht direkt ableiten. Das ist gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen eine große Crux. Aber die fachliche Diskussion und die zahlreichen positiven Projekterfahrungen, die insbesondere im Rahmen des seit 1999 aufgelegten Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" gesammelt werden, schaffen auch in Politik und Verwaltung einen neuen Erkenntnisstand. Der wäre möglicherweise so nicht zustande gekommen, wenn die Finanznot der öffentlichen Hand nicht so groß wäre und die Sozialausgaben für fallorientierte Pflichtleistungen nicht ständig zunähmen. Allen ist klar, dass der gesellschaftliche, wirtschaftliche, technologische und somit auch der soziale Wandel eher noch zunehmen als abnehmen wird. Ebenso klar ist allen, dass aus diesem sich rasant drehenden Karussell immer mehr Menschen auf Dauer oder Zeit herausgeschleudert - fachlich feiner ausgedrückt - exkludiert werden. Nicht mal der Mehrheit der davon betroffenen Familien mit minderjährigen Kindern kann man - auch wenn diese es wüssten - mehr oder weniger intensive Hilfen individueller Art zur Verfügung stellen. Da aber bislang in Deutschland der soziale Friede noch als ein hohes und zu bewahrendes Gut gilt, besteht in Politik und Verwaltung eine deutliche Bereitschaft, diesen nicht zu riskant aufs Spiel zu setzen. Daraus speist sich die grundsätzliche Bereitschaft, solche Präventionskonzepte zu unterstützen, die eine allgemeine soziale Befriedungsfunktion in Aussicht stellen. Leider stehen dafür zumeist nur mischfinanzierte und zeitlich begrenzte Projektmittel zur Verfügung.

2. Ein weiteres Umsetzungsproblem ist durch die für das Wohnquartier tätigen Einrichtungen und Dienste quasi hausgemacht. Es besteht in der Regel ein gewisser Institutionszentrismus, man könnte auch von einem Institutionsegoismus sprechen. Positiv daran ist die damit verbundene Corporate Identity und somit die Identifikation der Mitarbeiterschaft mit ihrer Einrichtung. Eigentlich könnte man sich gerade deshalb nach außen öffnen, um selbstbewusst Kooperationen und Koproduktionen einzugehen. Warum geschieht das nicht häufiger in einer fachlich wünschenswerten Weise? Antwort: Durch engere Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten gewähren sich zwangsläufig Einrichtungen gegenseitig einen tieferen Einblick in Teilbereiche ihres fachlichen Arbeitens. Man lässt einen Blick hinter die eigenen Kulissen zu. Dabei wird für Außenstehende erkennbar, dass die eigene Arbeit doch nicht immer so erfolgreich verläuft, wie man es gerne nach außen vermitteln möchte. Eigentlich weiß jeder, psycho-soziale und pädagogische Arbeit - wo und wie immer sie auch praktiziert wird - erzielt wirkliche Erfolge im Sinne von grundlegenden Problemlösungen nicht in dem Ausmaß, wie man sich das wünschen möchte. Das ist zumeist nicht

den Fachkräften oder gar generell der Sozialen Arbeit und der Pädagogik anzulasten. Probleme, die hauptsächlich gesellschaftlich bedingt oder verstärkt werden - und zum Teil vielleicht auch genetische Ursachen haben -, können evtl. in ihren Symptomen mehr oder weniger gemindert werden. Mehr als eine Minderung ist häufig nicht zu erreichen, aber - je nachdem, wie man das sieht - ist das auch schon sehr viel. Wenn wir dieses Faktum vor uns selbst und nach außen hin wissenschaftlich besser erklären und begründen könnten, würde es uns leichter fallen, auch unsere begrenzten Erfolge und unsere Misserfolge nicht verstecken zu wollen. Die sich entwickelnde Sozialarbeitswissenschaft könnte diesen so dringend benötigten theoretischen Begründungsrahmen liefern. Ich fürchte aber, sie wird dazu nicht das Nötige beisteuern. Dazu müsste sie zu der Frage, was Gesellschaft zusammenhält und was Gesellschaft auseinander treibt und zu sozialen Problemen führt, eine sozialkritische Gesellschaftstheorie speziell für die Soziale Arbeit entwickeln. Davon ausgehend ließe sich dann zu bestimmten Entscheidungen politischer Art eine gewisse Kritik an nicht zureichender Sozial-, Gesundheits-, Familien-, Jugend-, Alten-, Behinderten- und Migrationspolitik ableiten. Solch eine kritische Einmischung von Sozialer Arbeit in den öffentlichen politischen Diskurs meint sich Praxis der Sozialen Arbeit eher nicht leisten zu können, weil man dadurch Gefahr läuft, den Ast - die Finanzierung durch die öffentliche Hand - abzusägen, auf dem man sitzt.

3. Ein weiteres Problem, das die Umsetzung von Kooperation, Koordination und interinstitutioneller Koproduktion erschwert, ist die knappe Ressource an Zeit. Wenn die personelle Decke schon kaum ausreicht, um die Arbeit in der eigenen Einrichtung einigermaßen gut zu bewerkstelligen, wie lässt sich dann noch zusätzliche Zeit für interinstitutionelle Aktivitäten aufbringen? Der Zeitaufwand hierfür muss schließlich in einem anderen auch sehr wichtigen Arbeitsbereich ausgeschwitzt werden. Nach meinen Erfahrungen tun sich diese vermeintlich nicht vorhandenen zeitlichen Einsparpotentiale doch auf, wenn von der politischen Ebene und somit von der Finanzierungsquelle der Einrichtungen her ein Druck zu einem Mehr an Kooperation und Koproduktion ausgeübt wird. Dadurch wird unter Umständen einrichtungsintern eine so genannte Aufgabenkritik angestoßen. (Müssen wir an allen unseren derzeitigen Aufgabenbereichen unbedingt festhalten, oder gibt es Bereiche, die wir reduzieren, vielleicht auch aus Gründen mangelnder Effektivität und Effizienz einstellen sollten?) Aufgabenkritik ist in der Mitarbeiterschaft in der Regel ein sehr schmerzhafter und konfliktreicher Prozess der Auseinandersetzung, dem man lieber aus dem Wege geht. Ohne Druck von außen kommt er zumeist nicht wirklich zustande. Gleichgültig, wie Kooperation und Koproduktion zwischen verschiedenen Einrichtungen wohngebietsbezogen zustande kommen, es müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, damit das gemeinsame Projekt die gewünschten Erfolge zeitigt.

Die meines Erachtens wichtigsten Voraussetzungen sind: In Politik und Verwaltung der Kommune muss ein deutlich vorhandener Änderungswille bezüglich einer sozialraumorientierten Familienpolitik bestehen, der sich in klar formulierten Zielen ausdrückt. Die Träger des gemeinsamen Projekts müssen ebenfalls hinter dieser neuen Idee stehen. Eventuell vorhandenes Konkurrenzdenken zwischen den Trägern muss zurückstehen. Die am gemeinsamen Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen müssen sich kooperationswillig und kooperationsfähig zeigen. Sie sollten sich in ihren spezifischen fachlichen Kompetenzen gegenseitig anerkennen und als Projektbereicherung empfinden, statt mit ihren jeweiligen Kompetenzen untereinander zu rivalisieren. Projekte dieser Art brauchen verlässlich zwei Ressourcen, um sich fachlich gediegen entwickeln zu können. Zum einen bedarf es einer verlässlichen Finanzierung über einen längeren Zeitraum hinweg, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Zum anderen ist Zeit vonnöten, um eine Kultur des Miteinanders entwickeln zu können. Diesbezüglich ist der Fortschritt in interinstitutionellen Projekten oft eine Schnecke, mindestens in der Anlauf- und anschließenden Konsolidierungsphase. Es muss jemand explizit für das Projektmanagement zuständig sein, damit Koordinierungsfunktionen verantwortlich wahrgenommen werden. Phasenweise sollte es eine externe Projektberatung geben, und es sollte eine Projektevalu-

ation vorgesehen sein. Beides dient der Qualitätssicherung. Über all den genannten Voraussetzungen steht aber eine Grundvoraussetzung. Nämlich: Von bislang eingespielten und liebgewordenen fall- und institutionszentrierten Handlungskonzepten ein wenig loslassen zu wollen und auch zu können. Um sich kooperativ auf Lebenswelten der anvisierten Zielgruppe mit einem sozialräumlichen Handlungsansatz einzulassen, der darauf abzielt, zusammen mit den Betroffenen eine örtliche Familienpolitik zu betreiben. Damit Familien mit besonderen psycho-sozialen Belastungen auf integrative und integrierte Entlastungshilfen zurückgreifen können.

Prof. Dietmar Müllensiefen

Diplom-Sozialarbeiter, Diplompädagoge, Professor für Theorien, Methoden und Praxis Sozialer Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg i.Br., Mitglied des Freiburger Qualitätszirkels für Quartiersarbeit.